

**Zeitschrift:** Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Band:** 103 (2023)  
**Heft:** 1111  
  
**Rubrik:** Freie Sicht ; Freiheit - ein Gefühl

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 05.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## FREIE SICHT

## Verreicherung statt Verarmung

Eines der Schlagworte der nationalen Wahlen war die «schwindende Kaufkraft», die «politisch so gewollt» sei, weil im Parlament «viele Lobbyisten multinationaler Konzerne» sassen. Um dieses linke Narrativ zu untermauern, wurde das Bild einer bereits stattfindenden Massenverarmung gezeichnet. Ganz abgesehen davon, dass jedes linke Rezept gegen dieses angebliche oder wirkliche Malaise nicht mehr Kaufkraft, sondern mehr Umverteilung meint, ist das Bild doppelt falsch. Zwar sind die Haushaltsbudgets heute zweifellos mehr gefordert als auch schon. Betrachtet man aber die relevantesten beiden Treiber (Wohnen und Gesundheit), versteckt sich dahinter nicht die böse Wirtschaft, sondern der tiefgreifende Staat.

Die Wohnungskosten galoppieren ob der immer absurderen «Mietschutzbestimmungen» gerade in den attraktiven und damit teuren Ballungszentren davon, wandern doch dadurch Investoren ab; das Angebot wird künstlich verknappt. Das Gesundheitswesen seinerseits wird mehr und mehr beansprucht, da die wenig flexible Zwangsversicherung keinerlei Anreize setzt, das System nicht auszureizen; die Nachfrage wird künstlich gesteigert.



**Baschi Dürr**

war von 2013 bis 2021 FDP-Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt und arbeitet heute in der Privatwirtschaft. In seiner Kolumne befasst er sich u.a. mit dem Widerspruch zwischen liberalen Ideen und Realpolitik.

Und selbst wenn man nicht alles der Politik in die Schuhe schieben wollte und diese Effekte herauszurechnen versuchte, träte dahinter keine Massenverarmung, sondern das Gegenteil zutage: ausgeprägte Wohl-

standsphänomene. Wenig spiegelt die breite und allgemeine Verreicherung einer Gesellschaft besser als steigende Gesundheitskosten: Wer alles hat, kann sein Lebensglück nur noch durch mehr und gesündere Lebensjahre verbessern. Der Wohnungsdruck wiederum steigt auch, weil wir uns Jahr für Jahr bis zu einem ganzen Quadratmeter pro Person mehr leisten wollen und können.

Die gleiche Argumentation gilt übrigens auch für das Lieblingsthema von rechts: Der Migrationsdruck auf die Schweiz macht die Inländer nicht arm, sondern dokumentiert gerade deren Reichtum: Denn niemandem kommt es in den Sinn, oft lebensgefährliche Wege in Kauf zu nehmen, um in die Armut zu fliehen.

## FREIHEIT – EIN GEFÜHL

## Freiheitsversprechen hüben und drüben

Nie zeigt sich eindrücklicher, dass wir in einem freien Land leben, als wenn in der Schweiz gewählt wird. Fast 6000 Frauen und Männer kämpften in diesem Jahr um einen Sitz im Nationalrat, darunter solche, die das politische System zuvor verteuft haben. Jede mündige Person kann ihren Favoriten ihre Stimme geben und guten Gewissens davon ausgehen, dass die Wahlen in ordentlichem Rahmen ablaufen und nicht betrogen wird. Allein das ist keine Selbstverständlichkeit auf dieser Welt, in der in den meisten Ländern keine freien Wahlen garantiert sind.

Trotzdem tut sich hierzulande Eigenartiges, wenn Wahlen anstehen. Nicht nur, dass Plakatwände und Felder und Heuballen mit grossformatigen Porträtaufnahmen tapeziert werden und sich die Kandidatinnen und Kandidaten in vermeintlich lustigen Wahlvideos mit Peinlichkeiten überbieten. Seltsam mutet insbesondere an, dass sich auf einmal beinahe ausnahmslos alle die Freiheit gross aufs Banner schreiben. «Die SP ist die Partei der Freiheit», tönt es von links. «Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt», fordert die FDP. «Für eine sichere Zukunft in Freiheit», poltert die SVP. «Die Mitte – Solidarität, Freiheit, Verantwortung», lautet der Slogan aus dem Zentrum. Und die Grünen wollen die «Freiheitsenergien» ebenso wie die «individuelle Freiheit» fördern.



**Christine Brand**

ist Journalistin und Krimiautorin. Sie ist öfter auf Reisen als zu Hause. In ihrer Kolumne befasst sie sich mit einem unkonventionellen Gefühl: der Freiheit.

Freiheitsversprechen also hüben und drüben. Nur scheinen alle etwas anderes unter dem Begriff «Freiheit» zu verstehen. Insbesondere scheint die eigene Freiheit der Freiheit der anderen oft diametral entgegensetzen. Man fordert für sich mehr Freiheit ein, als man den anderen zugestehen will – ohne zu bemerken, dass dies so nicht funktioniert. Gerade Politiker scheuen nicht davor zurück, mit Regeln und Gesetzen Freiheiten zu beschneiden, solange es nicht die eigenen sind.

Auffallend ist vor allem eines: Diejenigen, die in unserem freien Land am lautesten nach Freiheit schreien, sind oft jene, die sich mit ihrem kleinen Denken die engsten Grenzen setzen. Und das gilt nicht nur für Politiker.